

KOMMENTARE

Gedämpfte Dramatik

Felix Butschek

Manfred Prisching hat in der Nummer 2/2010 dieser Zeitschrift ein dramatisches Bild der künftigen Entwicklung unserer Wirtschaft und Gesellschaft entworfen. Er tut das aus der stupenden Fülle seines Wissens sowie mit imponierendem Temperament. Er sieht in der gegenwärtigen Krise insbesondere der westlichen Volkswirtschaften nicht nur den stärksten Rückschlag seit 1945, sondern darüber hinaus das Anzeichen für einen fundamentalen Bruch in ihrer langfristigen Entwicklung, mit durchwegs negativen Konsequenzen. Selbstverständlich kann man ihm in vielen seiner Erkenntnisse folgen, doch scheinen in manchen Bereichen Reserven angebracht. Diese scheinen deshalb angebracht, weil sich seine pessimistische Weltsicht ohnehin in vielen Massenmedien wiederfindet und damit geeignet erscheint, wirtschafts- und sozialpolitische Aktivitäten zu lähmen.

Den konkreten Bemerkungen seien einige grundsätzliche Überlegungen vorangestellt, die manche seiner Argumente in Frage stellen. Da ist zunächst festzuhalten, dass Dynamik und Flexibilität Hauptmerkmale des Kapitalismus darstellen. Im Gegensatz zu vorindustriellen Perioden wird er durch permanente Veränderungen gekennzeichnet. Diese erfolgen manchmal schneller, manchmal langsamer, jedoch beständig.

Solche Wandlungen werden in hohem Maße durch Marktreaktionen herbeigeführt. Zwar steht außer Zweifel, dass in den letzten Jahrzehnten Wissenschaft und Politik durch eine Marktidolatrie charakterisiert wurden, die jeden Realitätsbezug vermissen ließ. Aber selbst wenn man die Unzulänglichkeiten dieses Koordinationsystems in Rechnung stellt, erweist es sich als außerordentlich effizient, insbesondere langfristig. Das heißt, dass veränderte Knappheitsverhältnisse zu einer Reallokation der Ressourcen führen. Das mag kurz- bis mittelfristig misslingen, langfristig werden sich die erforderlichen Anpassungen vollziehen. Dieser Aspekt wurde in den ersten Studien des Club of Rome vollständig übersehen. Sie prognostizierten den Zusammenbruch des kapitalistischen Wirtschaftssystems nicht für die Mitte dieses Jahrhunderts, wie Prisching glaubt, sondern bereits für die Jahrhundertwende.

Selbstverständlich ist Prisching beizupflichten, wenn er das unbegrenzte Anspruchsdenken kritisiert, und gewiss wäre insbesondere unter den gegebenen Umständen mehr Zurückhaltung wünschenswert. Langfristig könnten aus grundlegend veränderten Verhaltensweisen jedoch Schwierigkeiten für die wirtschaftliche Entwicklung resultieren. Denn ein weiteres zentrales Merkmal des kapitalistischen Systems liegt im technischen Fortschritt. Dieser ist „Routine“ geworden, wie das Landes ausdrückt. Und allein dessen Permanenz bewirkt, nach Meinung vieler Ökonomen, eine ständig steigende Arbeitsproduktivität von etwa 2% real. Damit aber steht cete-

ris paribus jährlich eine entsprechend gewachsene Menge an Gütern und Dienstleistungen zur Verfügung. Wenn die Nachfrage nicht im gleichen Maße expandiert, ist mit Arbeitslosigkeit und wirtschaftlicher Stagnation zu rechnen. Man sollte die Bescheidenheit also nicht zu weit treiben.

China ein Sonderfall?

Doch nun zu China. Dessen jüngste Entwicklung erlangte bei Prisching insofern exemplarischen Charakter, als dieser, seiner Meinung nach, in vieler Hinsicht den Bruch der Jahrhundertwende symbolisiert. Stellt man jedoch das Wachstum dieses Landes in den historischen Kontext, erkennt man, dass sich hier nur ein langfristiger Prozess konsequent vollzieht.

Seit der paleolitischen Revolution, welche dazu führte, dass sich die Menschen beständig niederließen, um Ackerbau und Viehzucht zu betreiben, blieb die allgemeine Einkommenssituation lange im Großen und Ganzen gleichartig und konstant. Die Bevölkerung war damit beschäftigt, ihren Lebensunterhalt in der Landwirtschaft sicherzustellen, bescheidene Überschüsse ermöglichten das Entstehen einiger Städte. Im Rahmen dieser begrenzten Möglichkeiten zählte China sicherlich zu den höchstentwickelten Kulturen. Sein Pro-Kopf-Einkommen übertraf jenes der anderen Kontinente.

Im Laufe des Mittelalters veränderte sich diese Relation infolge des institutionellen Aufbruchs in Europa. In dem weitverzweigten Städtenetz dieses Kontinents wuchs ein neuer Menschentyp heran: der individualistische, initiative, verantwortungsbereite und autonome Bürger. Mit diesem entstanden neue Denkformen im Humanismus und der Renaissance, die schließlich

in der Aufklärung ihre Vollendung fanden. Das neue universitäre Bildungssystem führte von der „Quantitativen Revolution“ des späten Mittelalters zur „Wissenschaftlichen Revolution“ des 17. Jahrhunderts. All das mündete schließlich im 18. Jahrhundert in der Industriellen Revolution, welche die Welt fundamental veränderte.

Die Voraussetzungen dafür lassen sich, kurz gesagt, auf den oben beschriebenen Menschentyp, den Rechtsstaat, das hoch entwickelte technisch-wissenschaftliche Denken und allenfalls noch den Fernhandel zurückführen. Und da diese Voraussetzungen, insbesondere das breite Interesse an Wissenschaft und Technik, in England am weitesten entwickelt waren, begann Ende des 18. Jahrhunderts dort die Industrielle Revolution. Im 19. Jahrhundert übertrug sich dieser Prozess auf die USA und Westeuropa sowie auf die überseeischen europäischen Ableger. Schon Ost- und Südosteuropa hinkten dieser Entwicklung lange nach, weit stärker noch die übrigen Kontinente.

Japan entwickelte sich im letzten Drittel des 19. Jahrhunderts zum ersten außereuropäischen Land, welches – durch penible Übernahme der europäischen Institutionen – gleichfalls eine Industrialisierung in Gang setzte und diese nach dem 2. Weltkrieg zu einem eindrucksvollen Ende führte. In den Siebzigerjahren des vorigen Jahrhunderts demonstrierten die „Vier Kleinen Tiger“, dass Asien in steigendem Maße die Voraussetzungen für einen Industrialisierungsprozess zu schaffen vermochte. Und nun ist es die alte Kulturnation China, die ihr großes Potenzial erstmals einem friedlichen kapitalistischen Wachstumsprozess öffnet. Gewiss werden die Voraussetzungen dafür weder in rechts-

staatlicher noch in politischer Hinsicht voll erfüllt, doch ist offensichtlich der ökonomische Freiraum genügend groß, damit sich die Initiative sowie der notorische Fleiß der Chinesen entfalten konnten.

Natürlich imponiert die Wirtschaftsmacht dieses Landes vorerst durch seine schiere Größe. Doch liegt sein Pro-Kopf-Einkommen noch etwa bei einem Zehntel des österreichischen. Aber sicherlich wird durch diese Entwicklung die weltpolitische Szenerie verändert.

Was damit gesagt sein soll ist, dass die chinesische Entwicklung keineswegs einen Bruch repräsentiert, sondern eben die konsequente Fortsetzung eines Prozesses, welcher vor über 200 Jahren eingesetzt hat. Und wenn man sehr weit in die Zukunft blicken will, kann man sagen, einmal wird die Welt ein ähnlich gleichartiges Produktions- und Leistungsniveau erreicht haben wie vor der Industriellen Revolution – nur auf sehr viel höherer Ebene!

Handel und Investitionen

Doch Prischings Befürchtungen beschränken sich keineswegs auf die Veränderungen im internationalen Machtgefüge, sondern auch auf sehr konkrete ökonomische Aspekte. So meint er, dass die wachsende ökonomische Potenz der Schwellenländer zu einem immer stärker werdenden Abwanderungsprozess der Betriebe aus den europäischen Industriestaaten und damit allmählich zu einer Einschränkung ihrer Wirtschaftsleistung führen könnte.

Das ist freilich eine sehr alte Geschichte. Schon in den Sechzigerjahren begannen manche Industrien in die damaligen Schwellenländer (Spanien)

abzuwandern – ein Prozess, welcher sich ungebrochen über die folgenden Jahrzehnte fortsetzte. Hier lässt sich sogar ein gewisses Schema feststellen. Die Industrialisierung der asiatischen Schwellenländer setzte mit ausländischen Investitionen in Textilien, Bekleidung, Schuhen, Plastik und einfacher Elektronik ein. Heute beliefern uns diese Länder mit hervorragenden technischen Geräten und Autos. Der einstmals größte österreichische Industriezweig, die Textilerzeugung, existiert daher heute nicht mehr. Es ist schwer zu erkennen, welche Nachteile dadurch der heimischen Wirtschaft erwachsen sein sollten. Ähnliche Befürchtungen waren gegenüber dem starken österreichischen Engagement in Ostmitteleuropa vorgebracht worden. Sie erwiesen sich ebenfalls als unbegründet.

Sicherlich hat Prisching Recht, wenn er auf die wachsende Qualifikation der Arbeitskräfte in den Schwellenländern und deren zunehmendes technisches Wissen hinweist. Doch geht mit diesem Prozess auch ein steigendes Lohnniveau einher, welches den Anreiz zur Abwanderung von Betrieben reduziert. Hervorragende technische Qualifikation, wie sie Japan entwickelte, zeitigte keinerlei Nachteile für die westlichen Volkswirtschaften – außer entsprechendem Anpassungsbedarf.

Aber Prisching glaubt eigentlich auch nicht an die von ihm skizzierten Gefahren, denn in den Fußnoten zu seinem Text erläutert er luzid, warum dem nicht so ist. Ich zitiere:

„Die globale Verflechtung bedeutet – im Sinne der „neuen Außenwirtschaftstheorie“ – nicht, dass der internationale Handel zurückgeht, weil oder wenn alle Länder dasselbe produzieren; ganz im Gegenteil: Der größte Teil des internationalen Handels findet zwi-

schen entwickelten Ländern statt, trotz der hohen Lohnkosten, und auch die Auslagerungen erfolgen ganz überwiegend zwischen Industrieländern. Die Beziehungen zwischen Österreich und Deutschland sind intensiver als jene zwischen Österreich und Entwicklungsländern, trotz ähnlicher Löhne und Produktionsbedingungen in den Nachbarstaaten. ... Paradoxe Weise gäbe es kaum ein Problem, wenn China rasch zu einem entwickelten Land mit westlichen Löhnen würde: Dann gäbe es eine Arbeitsteilung wie mit anderen europäischen Ländern. So hat seinerzeit Japan aufgeholt, auch in Bezug auf dieses Land hat es Ängste gegeben, aber mittlerweile hat sich Japan als Partner in den Kreis der Industrienationen eingereiht.“ (Prisching (2010), Anm. 13, S. 174).

Die Annahme, dass das relative technische Wissen in China deutlich schneller wachsen würde als das Lohnniveau, erscheint gerade angesichts der jüngeren Entwicklung auf dem chinesischen Arbeitsmarkt unrealistisch.

Der Rheinische Kapitalismus

Sehr zu Recht unterstreicht Prisching die Einmaligkeit des „Rheinischen Kapitalismus“, welcher die effiziente Marktwirtschaft mit einem voll ausgebauten System der sozialen Sicherheit kombiniert. Ebenso richtig scheinen seine Hinweise darauf, dass die Adepten des angelsächsischen Systems auf dessen Demontage hinarbeiten – man lese nur die „Neue Zürcher Zeitung“ –, andererseits vermitteln populistische Politiker den Wählern immer wieder unrealistische Verbesserungsvorschläge. Wenn hier darauf eingegangen wird, dann weniger, um die Überlegungen Pri-

schings zu kommentieren, mit welchen sich der Autor identifiziert, sondern um eine völlig realitätsferne Diskussion zu analysieren, welche die Massenmedien in den letzten Jahren prägt.

Die eine Position wird durch das Schlagwort von der „Unfinanzierbarkeit“ der Sozialversicherung geprägt, mit der Konsequenz ihres Abbaus und dem Ersatz auf individueller Entscheidung beruhender, privater Versicherung. Auf der anderen Seite konstatierten viele Massenmedien bereits vor der Finanzkrise den Abbau des Sozialstaates. Beides scheint absurd.

In ersterem Falle hätte man sich nach den schweren Einbrüchen auf dem Wertpapiermarkt sowie angesichts des bisher miserablen und exzessiv teuren amerikanischen Gesundheitssystems erwartet, dass die Protagonisten der Privatversicherung etwas zurückhaltender geworden wären – was nicht der Fall ist. Sicherlich bedeutete ein unverändertes Pensionssystem eine zusätzliche Belastung für den öffentlichen Haushalt, doch kann man damit noch nicht von „Unfinanzierbarkeit“ sprechen. Weiters aber ist die Annahme unrealistisch, dass keine Korrekturen am Pensionssystem vorgenommen würden. Entgegen allgemeiner Auffassung ist das auch schon bisher geschehen. Die Reformen der Regierung Schüssel brachten langfristig recht einschneidende Reduktionen der Pensionshöhe mit sich.

Auf der anderen Seite kann von ernsthaften Einschränkungen des Systems keine Rede sein. Die österreichische Sozialquote bewegt sich im Wesentlichen unverändert bei fast 30% des Bruttoinlandsprodukts. Zwar gibt es allenthalben Leistungsver schlechterungen, doch halten sich diese in Grenzen oder sie resultieren – wie in Österreich – aus der dramatisch

ansteigenden Lebenserwartung der europäischen Bevölkerung. Sie zielen also darauf ab, das System finanziell abzusichern.

Aber damit gelangen wir wieder zu einer Aussage Prischings, die mir gleichfalls diskussionswürdig erscheint, wiewohl sie auch von anderen Autoren vertreten wird. Das oben Gesagte deutet darauf hin, dass das System der sozialen Sicherheit im Prinzip unverändert funktioniert und auch einen durchaus relevanten Umverteilungseffekt generiert – wie das kürzlich eine Studie des WIFO demonstrierte.¹ Freilich kann nicht bestritten werden, dass im letzten Jahrzehnt die Lohnquote in fast allen europäischen Staaten zurückgegangen ist. Doch lässt sich daraus wohl keine Auflösung der Mittelstandsgesellschaft ableiten.

Ein gravierendes Element dieser Entwicklung sieht Prising – nebst anderen Autoren – in den prekären Arbeitsverhältnissen. Die Probleme solcher kurzfristigen, unsicheren Beschäftigungen untersuchen vor allem akademische Autoren, weil sie nun tatsächlich in ihrem Lebensbereich diesem Phänomen ständig begegnen. Betrachtet man jedoch die Statistiken, zeigt sich, dass solche Arbeitsverhältnisse keine große Rolle spielen. Sie betreffen fast ausschließlich jüngere Akademiker (im Juni 2010 gab es 22.140 Freie Dienstverträge).

Großes Gewicht kommt freilich der Teilzeitarbeit zu, die vorwiegend von Frauen ausgeübt wird und 25% der Unselbstständigen erreicht. Hier lassen sich im Zeitablauf recht unterschiedliche Einschätzungen feststellen. Vor einem Jahrzehnt traf man diese vor allem in Holland an sowie in Schweden. Damals konnten sich die Massenmedien in Österreich nicht genug tun, die Bundesregierung zu kritisieren,

weil sie nichts in dieser Richtung unternehme. Dadurch würde nämlich die Beschäftigung ausgeweitet und Frauen dem Arbeitsmarkt zugeführt. Heute, da wir gleichfalls eine hohe Quote erreicht haben, liest man nur Kritik daran, weil damit prekäre Arbeitsverhältnisse geschaffen würden und man die Frauen zwingt, nur Teilzeit zu arbeiten. Tatsächlich aber bevorzugt die überwiegende Mehrheit der Betroffenen diese Arbeitsform – aus welchen Gründen immer. Eine Verlängerung der Arbeitszeit wünschten 2009 laut Mikrozensus nur 14,6%.

Nun ist Prising in seiner Kritik der Finanzmärkte und ihrer Akteure voll zuzustimmen, insbesondere auch im Hinblick auf die schamlosen Einkommen, welche sich diese gegenseitig zuschieben. Doch meint er selbst, dass davon nur eine sehr kleine Gruppe betroffen sei. Auch daraus lässt sich also schwer auf eine Auflösung der Mittelstandsgesellschaft schließen. So rasch ändern sich soziale Strukturen nicht, wenn schon aus keinem anderen Grund, dann infolge von Pfadabhängigkeit.

Die Entwicklung setzt sich fort

Die vorstehenden Gedanken sollten dartun, dass sich die europäische Gesellschaft weniger einem fundamentalen Entwicklungsbruch gegenüber sieht als Veränderungen, die dem kapitalistischen System eigen sind. Damit soll keinesfalls gesagt sein, dass nicht zahlreiche Probleme existieren und in Zukunft auch noch entstehen können, aber eine spezifische Dramatik ist nicht zu erkennen – auch nicht durch die Umweltproblematik, über welche Prising alles das mitteilt, was täglich in den Zeitungen zu lesen ist und deshalb nicht an Relevanz gewinnt.

Er spricht vollkommen zu Recht davon, dass der Westen „trotz aller Jammereien“ mit der bisherigen wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Entwicklung zufrieden sein könne. Doch auch diese erfolgte ja nicht stetig. Das „Goldene Zeitalter“ ging Mitte der Siebzigerjahre zu Ende. Danach halbierten sich die realen Wachstumsraten, und man erlebte die Wiederkehr der Arbeitslosigkeit. Gewiss hielt sich diese Belastung in relativ engen Grenzen, weil sie durch die Systeme der sozialen Sicherheit aufgefangen wurde. Und es ist, wie darzulegen versucht wurde, auch nicht abzusehen, dass sich eine grundsätzlich neue Entwicklung vollziehen könnte. Auch mit den „gefühlten“ Bedrohungen und Belastungen der Bevölkerung sollte man vorsichtig sein und prüfen, wie weit diese nicht nur die Befindlichkeiten einer Intellektuellenschicht widerspiegeln, welche sich auch in den Massenmedien niederschlagen.

Das sei am Problem der „Armut“ exemplifiziert. Ein uninformatierter Besucher Österreichs könnte bei der Lektüre der heimischen Presse den Eindruck gewinnen, in einem Land, das von einem ärmsten zu einem reichsten Länder Europas und damit der Welt wurde, dessen Pro-Kopf-Einkommen fast das Zehnfache von 1937 beträgt, sei die Armut das Hauptproblem. Zugegebenermaßen werden solche Gedankengänge durch die Armutsdefinition der UNO gefördert, wonach Personen, deren Einkommen 60% des Landesdurchschnitts nicht erreicht,

armutsgefährdet sind. Auf diese Weise ist nämlich sichergestellt, dass das Armutsproblem nie verschwinden kann. Denn selbst bei relativ gleichmäßiger Einkommensverteilung, wie sie in Österreich gegeben ist, muss ein fast konstanter Anteil unter diesem Grenzwert liegen. Mit der vielkritisierten bedarfsorientierten Mindestsicherung von 744 Euro mussten 1959 im Durchschnitt alle österreichischen Unselbstständigen ihr Auslangen finden. Es ist schon klar, dass Armut auch ein relatives Element enthält, aber eine etwas nüchternere Betrachtung dieses Problems erschiene angezeigt.

Die Finanzkrise brachte den stärksten wirtschaftlichen Rückschlag seit 1945 in den westlichen Ländern. Doch bewies die Staatengemeinschaft durch ihr energisches, keynesianisch inspiriertes Eingreifen, dass selbst solche gravierenden Probleme gelöst werden können. Man vergleiche den Rückgang des österreichischen Brutto-Nationalprodukts 2009 von 3,5% real mit jenem von 1929 bis 1933 von 22,5%, nicht zu reden von der Arbeitslosigkeit. Unser Sozial- und Wirtschaftssystem scheint also ziemlich robust zu sein. Wir sind noch lange nicht so weit, um sagen zu müssen: „Lasst alle Hoffnung fahren!“

Anmerkung

- ¹ Guger, Alois; et al., Umverteilung durch den Staat in Österreich (WIFO, Wien 2009).